

# DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



## Ein unaufhaltsamer Abstieg

**A**m 28. Jänner 2005 beschloss der Wiener Landtag anlässlich des Tages der Auschwitz-Befreiung eine Erklärung. Sie wurde von den Abgeordneten von drei Parteien unterzeichnet: der SPÖ, der ÖVP und den Grünen. Die FPÖ-Abgeordneten scherten aus: Sie waren nicht bereit, die eindeutige Abgrenzung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, wie sie in der Erklärung zum Ausdruck kommt, zu unterzeichnen.

Der Blick auf den Inhalt dieser Landtagserklärung wirft ein bezeichnendes Licht auf den Geist, der nach wie vor in den Köpfen der FP-Politiker herrscht und zu der Weigerung, die Unterschrift darunter zu setzen, führte. In der Erklärung, mit der einverstanden zu sein man jedem demokratischen österreichischen Abgeordneten zumutbar halten würde, wird festgehalten:

- Ein Dank an die Streitkräfte der Alliierten, dass sie dem systematischen Morden in den Konzentrationslagern ein Ende setzten
- Die Erinnerung daran, dass 2.700 österreichische Widerstandskämpfer und darüber hinaus Zehntausende österreichischer Opfer dieser Mordmaschine waren
- Die Anerkennung der Mitverantwortung Österreichs, dass sich solche Verbrechen nie mehr wiederholen können
- Eine Verurteilung des Bombenanschlags von Oberwart, jeder Form von Gewalt durch Wort und Tat, von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

- Keine Toleranz für Misstrauen und Hass gegen bestimmte Gruppen von Menschen, wie Zuwanderer, Asylsuchende oder politisch Andersdenkende

**Im Lichte** der jüngsten Auseinandersetzungen in der FPÖ, die – bisher – im Ausschluss des einstigen Parteiideologen Andreas Mölzer ihren Höhepunkt fanden, ist ein weiterer Passus der Resolution besonders hervorzuheben. Darin heißt es:

„Der Wiener Landtag verurteilt daher auch das Verhalten unter anderem des EU-Abgeordneten Andreas Mölzer, der die Resolution des Europäischen Parlaments gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit nicht unterstützt und damit dem Ansehen Österreichs dadurch geschadet hat, weil in Europa und in der Welt der Eindruck erweckt wurde, dass es in Österreich keine einhellige Ablehnung von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit gäbe.“

Man hat nichts davon gehört, dass sich damals, vor rund zwei Monaten, irgendein führender FP-Politiker gegen die empörende Haltung des Wiener Landtagsklubs seiner Partei gewendet hat. Der Parteivorstand entdeckte erst nach den jüngsten Wahlniederlagen, die den unaufhaltsamen Niedergang dieser Partei drastisch vor Augen führten, die ewiggestrigen Rechtsaußen als die Schuldigen für das Debakel. Freilich nicht wegen deren Geisteshaltung, sondern weil diese es wagten, die geschwisterliche Führungsspitze zu kritisieren. Ohne

in den Verdacht zu geraten, Mölzer & Co in Schutz nehmen zu wollen – Haider war zu der Zeit, als er bis zu 27 Prozent der Wählerstimmen einfahren konnte, oft der Lautsprecher für ihre Geisteshaltung – für den jetzigen Niedergang der Partei können sie wenig. Vielmehr erschien die FPÖ, die Schlüssel in den Sattel geholfen und damit eine Politik der sozialen Kälte ermöglicht hat, ihren Wählern, die nun in Scharen davonlaufen, in ihrer wahren Gestalt. Sie wurden „enttäuscht“, das heißt, man hat sie zuvor getäuscht. „Er hat euch nie belogen“, hieß es einst auf den Wahlplakaten mit dem Konterfei Haider. Das Gegenteil hat sich als wahr erwiesen, ganz abgesehen von der notorischen Unfähigkeit, kompetente Regierungsmitglieder zu stellen (noch nie hat ein

Kabinetten einen solchen permanenten Ministeraustausch erlebt), abgesehen von dem von Haider inszenierten und ihm aus dem Ruder gelaufenen Knittelfelder Putsch und all den Peinlichkeiten, die diese Partei Österreich international bereitet hat.

**Die Zeit** der FPÖ ist abgelaufen, und das ist gut so. Sie wird sich weder mit einer „Neugründung“ durch den unglaublich gewordenen Altparteichef noch durch seinen „lockeren“ Nachahmer und Rivalen, der glaubt, die vorgestrigen Slogans von Wien, das nicht „Chicago“ werden darf, durch „Istanbul“ modernisieren zu können, erholen, sondern auf das für eine Demokratie erträgliche Maß zurückgestutzt werden. ■

*Manfred Scheuch*



„Wir stehen auf den Schultern der Widerstandskämpfer.“ – Bgm. Häupl bei der zentralen Februarfeier in Margareten. Rechts: Renate Brauner, Lanc und Ludwig Bericht Seite 3



Foto: NO Freiheitskämpfer

Die Freiheitskämpfer von Sankt Pölten im Gedenken an die von den Austrofaschisten hingerichteten Genossen Johann Hois und Viktor Rauchenberger

## Februargedenken in St. Pölten

**B**ezirksvorsitzender NR Anton Heinzl, LA a.D. Karl Gruber, Bürgermeister Mag. Matthias Stadler mit Stadt- und Gemeinderäten aus St. Pölten, Bürgermeister Anton Rupp aus Herzogenburg sowie eine Delegation der ÖBB und die Sozialistische Jugend gedachten am 12. Februar auf dem St. Pöltner Hauptfriedhof jener Freiheitskämpfer, die für ihren unbändigen Willen zur Demokratie in den Februartagen vor 71 Jahren ihr Leben verloren!

**Für die St. Pöltner** Blutopfer des Dollfuß-Faschismus, den 43-jährigen Johann Hois und den 26-jährigen Viktor Rauchenberger, beide Arbeiter, die für Freiheit und Demokratie gehängt wurden und sterben mussten, legten Anton Heinzl und Karl Gruber einen Kranz bei ihrem Gedenkstein mit der Aufschrift „Niemals vergessen“ nieder.

Karl Gruber sprach von bedrohlichen Signalen wie Rekordarbeitslosigkeit und Gewinnmaximierung um jeden Preis als Ausfluss des kapitalistischen Denkens und Handelns!

## Graz: Vorbilder der Jugend

**M**ehr als 200 Genossinnen und Genossen folgten in diesem Jahr der Einladung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, die gemeinsam mit der SPÖ-Sektion Eggenberg eine Gedenkfeier für die Opfer des Februars 1934 veranstalteten.

In einem eindrucksvollen Gedenkmarsch ging der feierliche Zug der Freiheitskämpfer vom traditionsreichen Eggenberger Vereinslokal, wo 1934 die Kämpfe der Arbeiter stattfanden, bis zum Gedenkstein für Genossen Stanek. In Anwesenheit der Parteispitze der SPÖ Graz erinnerte der Vorsitzende der steirischen Freiheitskämpfer, Mag. Albert Kaufmann, vor allem an die „große Persönlichkeit Josef Staneks, der als Arbeiterkammerer, Gewerkschafter und Sozialdemokrat“ durch einen, wie Kaufmann betonte, „angeordneten Justizmord“ umgebracht wurde.

**In einer Zeit**, in der durch rechtskonservative Kräfte Gewerkschaften, Arbeiterkammer und ihre sozialdemokratischen Repräsentanten systematisch diskreditiert werden, sei es not-

wendig, so Kaufmann, dass das Vermächtnis der Genossen des Februars 1934 hochgehalten wird. Auch der Grazer Vizebürgermeister Walter Ferk wies auf die Verdienste der Freiheitskämpfer für ein freies und demokratisches Österreich

hin. Der Landessekretär der Gemeindebediensteten und Eggenberger Sektionschef Willi Kolar, ebenfalls Mitglied der Freiheitskämpfer, ehrte die anwesenden noch lebenden Februarkämpfer als „echte Helden“ und Vorbilder für unsere Jugend. ■

## Gemeinsam in Linz und Bruck

**D**ie oberösterreichischen Freiheitskämpfer legten am 12. Februar gemeinsam mit Landeshauptmannstellvertreter Erich Haider und Bürgermeister Franz Dobusch im Hof des Parteihauses in der Landstraße in Linz (des ehemaligen Hotels Schiff) einen Kranz nieder. Auf dem Bulgariplatz gedachten sie des 1934 standrechtlich hingerichteten Anton Bulgari und der eingekerkerten 45 Genossinnen und Genossen. Auf Einladung der Sozialistischen Jugend Oberösterreichs führen die Freiheitskämpfer gemeinsam mit Mitgliedern der oberösterreichischen und niederösterreichischen SJ nach Bruck an der Mur, um dort

Koloman Wallischs zu gedenken. Der Vorsitzende der Landesgruppe Obersteiermark, Genosse Heribert Haring, und der Historiker DDr. Werner Anzenberger führten uns durch Bruck und zum Mahnmal für die Schutzbündler in den Friedhof St. Ruprecht.

**Würdiger Abschluss** unserer Gedenkfahrt waren die Erlebnisberichte Fritz Inkrets. Genosse Inkret wurde 1915 in Donawitz geboren. Sein Vater fiel 1918, seine Mutter musste die drei Kinder nun allein durchbringen. In den Kämpfen des 12. Februar 1934 verteidigte er zusammen mit drei Genossen eine Mur-Brücke, wurde am 13. Februar gefangen, vom

Untersuchungsrichter in die Todeszelle gesperrt und dem Scharfrichter Lang vorgestellt, der ihn im Auftrag der christlichsozialen Ständestaatsjustiz hängen sollte. In die benachbarte Todeszelle kam Genosse Koloman Wallisch. Als Genosse Wallisch gehenkt wurde, sang seine Mitinhaftierten die Internationale. Bis 1938 durfte Koloman Wallischs Grabstätte nicht mit Blumen geschmückt werden.

**Mit viel Glück** und durch einen mutigen und klugen Anwalt konnte Fritz Inkret vor der Todesstrafe bewahrt werden. Sein unprätentiöser Bericht hat bei allen einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen. ■

# „Wir stehen auf euren Schultern“

**W**ar denn diese Partei selbst schuld daran, dass beschlossen wurde, die Demokratie in Österreich abzuschaffen, die Parteien und Gewerkschaften zu verbieten, und hat sie sich schuldig gemacht an den Morden an jenen, die an diese Republik geglaubt haben?“, erteilte Wiens Bürgermeister Michael Häupl auf der Gedenkveranstaltung an den 12. Februar 1934 im Reumannhof relativierenden Geschichtsbeurteilungen eine klare Absage. Häupl übte in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an der „jüngsten Provokation“ eines „unverbesserlichen Reaktionsnäs“ (des ÖVP-Gemeinderats Johannes Prochaska, der behauptete, die Sozialdemokratie sei an den Ereignissen von 1934 selbst schuld gewesen). Dazu Häupl: „Gerade weil es immer noch eine Partei gibt, die ein Dollfußporträt in ihrem Parlamentsklub hängen hat, muss man sich erinnern, wie sich der 12. Februar tatsächlich abgespielt hat.“ Im Kern werde da jemand geehrt, der als „Verräter an der Demokratie“ auch ein Verräter Österreichs gewesen sei. Das endete dann in dem Trümmerhaufen, den die Nazis hinterlassen haben. „Aber unser Wien wurde wiederaufgebaut“, sagte Häupl und würdigte die Leistungen der Männer und Frauen des Widerstands und der Wiederaufbaugeneration: „Wir sind dankbar, auf euren Schultern zu stehen, auf euren Leistungen aufzubauen, wenn es darum geht, Wien so weiterzuentwickeln, dass man sich zu Recht wohl fühlt und gerne hier lebt.“

**Bezugnehmend** auf Einsteins 100. Geburtstag, zitierte der Bürgermeister dessen Worte: „Der Friede und die Freiheit werden getragen durch Dialog und Zusammenarbeit und nicht an der Spitze von Gewehren“ und erklärte: „Das ist



**Trotz Schnee und Kälte kamen hunderte Wiener Sozialdemokraten zur Februarfeier**

die Lehre, die wir mehr denn je aus dem 12. Februar ziehen sollten“, sagte Häupl und kritisierte in diesem Zusammenhang die Kriegspolitik des US-Präsidenten Bush. Bundesminister a.D. Erwin Lanc gab

in seinem Redebeitrag einen historischen Überblick über die Bürgerkriegsereignisse und unterstrich: „Was bleibt vom 12. Februar: Wachsamkeit gegenüber der Aushöhlung demokratischer Strukturen, der Entwurf

einer gerechten, sozialen und wirtschaftlichen Alternative zum globalen Kasinokapitalismus sowie die Wiederaufnahme einer aktiven Neutralitätspolitik in der EU und den Vereinten Nationen.“ ■

## Februargedenken in Tirol

**A**m Freitag, dem 11. Februar 2005, versammelten sich um 19 Uhr zwischen 40 bis 50 Teilnehmer und Teilnehmerinnen vor dem Parteihaus in der Salurner Straße in Innsbruck zum diesjährigen Februargedenken. Eingeladen hatten die Freiheitskämpfer, die JUSOS, die Partei und das Renner-Institut.

**Helmut Muigg**, Vorsitzender der Freiheitskämpfer Tirol, begrüßte die Teilnehmer. Er richtete drei Fragen an die Repräsentanten des Landes Tirol:

„Haben die Vertreter des Landes Tirol, die während des Austrofaschismus Funktionen ausübten, jemals eine Entschuldigung an die Wörgler und Häringer Freiheitskämpfer ausgesprochen? Hat man sich

eigentlich für die unsägliche Tätigkeit des Tiroler Antisemiten-Bundes während der gesamten Zeit der Ersten Republik entschuldigt? Hat man sich überhaupt für die Zerstörung der Demokratie in Tirol oder für das Verbot der SPÖ entschuldigt?“ Muigg stellte fest, dass wir noch lange an den Spätfolgen der austrofaschistischen Diktatur leiden werden.

Der Vorsitzende des Landesbildungsausschusses der SPÖ Tirol, Herwig Ostermann, fand den Bezug zur Gegenwart:

„Für uns gilt es folglich, ein Sensorium zu entwickeln, um demokratiefeindliche Maßnahmen als solche zu erkennen und energisch und mit aller Kraft dagegen aufzutreten.

Denn es können einige Parallelen zwischen der Politik der dreißiger Jahre und Maßnahmen der schwarz-blauen Bundesregierung gezogen werden. Dass sich die ÖVP nie vom Austrofaschismus distanziert hat, ist in diesem Zusammenhang zwar schlüssig, politisch aber nur noch bedenklicher.“ Ostermann rief zur Schaffung einer Gesellschaft auf, die zu Kritik ermutigt und nicht Kritiker entmündigt.

Gemeinsam enthüllten sodann Helmut Muigg und Herwig Ostermann eine Erinnerungstafel mit den Namen aller durch die Nationalsozialisten justifizierten Gegner und Antifaschisten aus dem Bezirk Innsbruck. ■

# Bundeshauptversammlung 2005:

**B**ei der am 22. Jänner 2005 im Adolf-Czettel-Bildungszentrum der AK Wien stattgefundenen Bundeshauptversammlung, die von den Wiener Arbeitersängern mit Kampfliedern eingeleitet wurde, eröffnete Bundesvorsitzender Alfred Ströer die Tagung mit der Begrüßung der Ehren Gäste, u. a. begrüßte er den Vizepräsidenten der Wiener Arbeiterkammer und Zentralsekretär der Gewerkschaft der Eisenbahner, Norbert Bacher, den Leitenden Sekretär der SPÖ, Reinhard Buchinger, den Vertreter des BM für Soziales, ADir. Gerhard Haberbauer, und die Vertreter des KZ-Verbandes, Vorsitzenden Oskar Wiesflecker und Bundessekretärin Friederike Krenn. Als weiterer Ehren-gast nahm Ing. Siegfried Gruber teil, der 1938 nach England emigrierte und dort im Austria-Bataillon der britischen Armee gegen die Hitlerarmee kämpfte.

**Vizepräsident** Norbert Bacher überbrachte die Grüße des Präsidenten der AK, Mag. Herbert Tumpel, und hieß den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer herzlich willkommen. In seiner Ansprache verwies er auf seine Verbundenheit mit den Freiheitskämpfern und auf die Leistungen der Eisenbahner im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Im Besonderen verwies er auf die derzeitige Umstrukturierung innerhalb der ÖBB durch die Bundesregierung und meinte, dass gerade die Eisenbahner ein Beispiel dafür seien, dass es sich lohnt, gegen restriktive Politik anzukämpfen.

Alfred Ströer dankte für die traditionell gute Zusammenarbeit mit den Vertretern der Arbeiterkammer und wies auf die große Bedeutung dieser Institution hin.

Der Leitende Sekretär der SPÖ, Reinhard Buchinger, überbrachte die Grüße der Bundesgeschäftsführung und verwies auf die wichtige Rolle

der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer in seinem persönlichen Werdegang. Besonders betonte er den Stellenwert der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer im Jahr 2005. Das Konfliktpotential im heurigen Gedenkjahr liege beim Gedenken an die Befreiung Österreichs, da eine der Regierungsparteien das Jahr 1945 nicht als Jahr der Befreiung Österreichs empfinde. Er schloss seine Rede mit den Worten, dass sich die Sozialdemokratische Partei der Rolle der Freiheitskämpfer in diesem Jahr besonders bewusst sei.

Der Vertreter des BM für Soziales, Amtsdirektor Gerhard Haberbauer, berichtete über die Entwicklung in der Opferfürsorge, über eine auf Anregung der Opferverbände geplante Jubiläumsgabe für Befreiungsehrenzeichen-Inhaber, Inhaber einer Amtsbescheinigung und eines Opferausweises. Er informierte über Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, über Aushilfen in Notlagen, Heilfürsorgeleistungen, Steuerfreibeträge und Rezeptgebührenbefreiungen.

Namens der Antragsprüfungskommission berichtete Edith Krisch über einen Antrag des Bundesvorstandes auf Änderung der Bezeichnung „Bundeshauptversammlung“, die in Hinkunft „Bundeskonferenz“ heißen soll, und über die Verlängerung des Zeitraumes zwischen den Bundeskonferenzen von zwei auf drei Jahre. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

**Ein wichtiger** Tagesordnungspunkt war die Verleihung der Otto-Bauer-Plaketten. Namens des Präsidiums überreichte der Bundesvorsitzende an folgende verdiente Mitglieder die Auszeichnung: Werner Burg, Edith Fellingner, Ing. Siegfried Gruber, Heribert Haring, Walter Prieschl, Leopold Schöggl und Johann Stippel. Genosse Alfred Ströer dankte

den Geehrten für ihr besonderes Engagement im Rahmen der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und ersuchte sie, auch weiterhin aktiv in unserer Organisation mitzuwirken.

**Das Hauptreferat** bei der Bundeskonferenz hielt der Obmann des SPÖ-Parlamentsklubs, Dr. Josef Cap. Er sagte



**NR Josef Cap: „Die Regierung ist abtrittsreif.“**

in seinen Ausführungen: „Im Gegensatz zu Berufspessimisten bin ich optimistisch, dass der schwarz-blaue Spuk bald ein Ende nimmt.“ Er erinnerte an die großartigen Wahlerfolge, die die SPÖ im vorangegangenen Jahr, nicht zuletzt durch die erstklassigen Leistungen ihres Kompetenzteams, erringen konnte. Er setzte sich skeptisch mit dem Geschichtsverständnis und der Geschichtsaufarbeitung der ÖVP im heurigen Gedenkjahr auseinander. Cap verwies auf Jubiläen, die die Bundesregierung vergessen hat, z. B. die Beschlussfassung des ASVG vor 50 Jahren. Denn der Bundeskanzler arbeite bereits hart an einer „Ära Schlüssel“ und versuche, die Zweite Republik als Raab-Figl-Schlüssel-Konstrukt darzustellen. Cap fragte weiter, warum das Bild von Engelbert Dollfuß noch immer im ÖVP-Klubsaal hängt. „Wir werden auch nicht aufhören, für die Rehabilitierung aller NS-Opfer zu kämpfen“, u. a. auch für die Rehabilitierung der

Opfer der Militärjustiz. Die SPÖ hat aufgrund der Anträge der Freiheitskämpfer schon einige Initiativen gestartet und wird weiterhin diese Angelegenheit betreiben. Zu einem anderen Thema sagte Cap, Besorgnis erregend sei auch die Einsparung von 3.000 Planstellen im Innenressort und der Anstieg der Kriminalitätsrate auf ein noch nie da gewesenes Niveau, wohingegen die Aufklärungsrate bei mageren 37 Prozent liege. „Diese Regierung garantiert keine Sicherheit“, war das Resümee Caps. In anderen Ressorts herrsche ein ständiges Kommen und Gehen der Minister. Das Agieren in Fragen der E-Card und des Hauptverbandes gleiche dem Lotto-Grundsatz „Alles ist möglich“. Cap: „Zum Glück gibt es den Verfassungsgerichtshof.“

An der anschließenden Diskussion nahmen die Genossinnen Antonia Bruha, Irmtraut Karlsson und Gerda Zinnli sowie die Genossen Julius Aufrichtig, Franz Danimann, Herbert Exenberger, Rudolf Gelbard, Eduard Goldmann, Fritz Inkret, Albert Kaufmann, Alfred Kohlbacher, Peter Ulrich Lehner, Peter Lhotzky, Bruno Liszka, Rudolf Sarközi, Johann Stippel und Peter Weidner teil.

**Bundesvorsitzender** Alfred Ströer verwies auf den der Bundeskonferenz vorgelegten Bericht, informierte über den Nationalfonds der Republik Österreich und darüber, dass Österreicher, die während der NS-Zeit in Österreich Zwangsarbeit geleistet haben, auf Intervention der Opferverbände, als anspruchsberechtigte Opfergruppe vom Versöhnungsfonds der Republik Österreich anerkannt wurden. An 1.617 Österreicher, die ansonst keine Entschädigung bekommen hätten, wurden vom Versöhnungsfonds 5,9 Mio. Euro ausbezahlt. Dies, so sagte der Bundesvorsitzende, zeige neuerlich, dass der Bund Sozialdemokratischer

# Aktivitäten der Landesverbände

Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus noch immer wichtige Aufgaben zu erfüllen habe. Gäbe es die Opferorganisationen und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes nicht, müsste man sie gründen, meinte Ströer.

**Den Finanzbericht** erstattete die Bundesfinanzreferentin, RR Herta Slabina. Sie dankte den Kassieren der Landesverbände, da die pünktliche Abrechnung der Mitgliedsbeiträge eine wichtige Voraussetzung für das gute Funktionieren der Organisation ist. Namens der Kontrolle berichtete deren Vorsitzender, Walter Faderny, über die stattgefundenen Überprüfungen der Gebarungen des Bundes und ersuchte um die Entlastung des Vorstandes, die anschließend gewährt wurde.

**Der stellvertretende Bundesvorsitzende** Ernst Nedwed befasste sich in einem Bericht mit den Aktivitäten des Bundes und der Bundesländer. Er wies vor allem auf den schriftlichen Bericht hin, der exakt und im Detail wiedergibt, was in den beiden letzten Jahren geschehen ist. In allen Bundesländern gibt es erfreulicherweise neue Initiativen für Gedenkveranstaltungen, Denkmalsetzungen und Zeitzeugengespräche, vor allem auch in Zusammenarbeit mit den Jugend-, Frauen- und Bildungsorganisationen. In den letzten Jahren ist die Arbeit professioneller geworden, z. B. durch die von unserem Sekretariat, Genossin Edith Krisch, eingeführten digitalen Kommunikationssysteme, durch die professionelle Gestaltung unserer Mitgliederbetreuung und über den Kontakt mit den Mitgliedern, der über unsere allgemein sehr positiv beurteilte Zeitung, die von einem kleinen Redaktionskomitee unter der Leitung von Manfred Scheuch gestaltet wird, hergestellt wird. Nedwed befasste sich sodann mit einigen politischen Fragen, z. B. mit der Rolle, die die Wider-



standsorganisationen heute in der Gesellschaft einnehmen. Man darf nicht müde werden in der Vertretung unserer Anliegen, z. B. in der Frage der Einbeziehung österreichischer Zwangsarbeiter in den Versöhnungsfonds, die erst nach Intervention unseres Bundes möglich geworden ist. Auch die Schaffung eines Denkmals in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofs wurde über unsere Initiative und eine Zusage von Bürgermeister Häupl nunmehr von der Stadt Wien verwirklicht. Die Enthüllung wird im Rahmen der Feiern zur Wiedererrichtung der Republik im April vorgenommen.

Eine wichtige Aufgabe ist die Gedenkarbeit, aber auch die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus von heute in den verschiedensten Formen. Dazu arbeiten wir zusammen mit den sozialistischen Jugendorganisationen und in vielen Bereichen mit der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs.

Genosse Nedwed dankte zum Abschluss allen Mitarbeitern in den Bundesländern und im Bundesvorstand, insbesondere auch dem kleinen ehrenamtlich im Sekretariat mithelfenden Team.

## Johann Stippel dankt im Namen der mit der Bauer-Plakette Ausgezeichneten: Werner Burg, Edith Fellingner, Siegfried Gruber, Heribert Haring, Walter Prieschl, Leopold Schögl

**Bundessekretärin** Edith Krisch berichtete über Mitgliederwerbung und Veränderungen im Mitgliederstand sowie über die geplanten Fahrten zur Internationalen Mauthausen-Befreiungsfeier am 8. Mai 2005 und ersuchte die Landesverbände, an dieser Gedenkveranstaltung verstärkt teilzunehmen. Edith Krisch dankte den Landesverbänden und den Bezirksgruppen für die gute Zusammenarbeit mit dem Bundessekretariat.

**Bei der Neuwahl** des Bundesvorstandes wurden folgende Mitglieder gewählt:

Vorsitzender: Prof. Alfred Ströer, stv. Vorsitzende: Karl Gruber, Fritz Inkret, Ing. Ernst Nedwed, Gertrude Spiess; Finanzreferentin: Reg.-Rat Herta Slabina, stv. Finanzreferent: Hans Brosch; Schriftführer: Prof. Hannes Schwantner, stv. Schriftführer: Peter Lhotzky; Beisitzer(innen): Julius Aufrichtig, Antonia Bruha, Werner Burg, HR Dr. Franz Danimann, Christoph Ertl, Prof. Herbert Exenberger, Prof. Rudolf Gelbard, Heribert Haring, Anton Heinzl, DI Alfred Kohlbacher, Heinz Kommenda, Herbert Krämer, Peter Ulrich Lehner, Bruno

Liszka, Dr. Michael Ludwig, Helmut Muigg, Dr. Gerald Netzl, Hilde Oberbichler, Ernst Outolny, Hans Pawlik, Prof. Rudolf Sarközi, Mag. Günther Sidl, Prof. Dr. Johann Stippel, Willy Wagner, Gilbert Wasserberger, Peter Weidner. Zu Mitgliedern der Bundeskontrolle wurden Walter Faderny, Ernst Frühauf, Eduard Goldmann, Prof. Vinzenz Jobst und Helga Maier gewählt. Zu Ehrenmitgliedern ernannt wurden: Leopold Brännler (verst. 24. 5. 2005), Ing. Fritz Hofmann und Prof. Dr. Edgar Schranz. Genossin Erna Musik ist seit 1986 Ehrenvorsitzende unseres Bundes. Dem Bundesvorstand wurde empfohlen, Genossin Edith Krisch zur Bundessekretärin und Genossen Dr. Manfred Scheuch zum Redakteur zu bestellen sowie Vertreter und Vertreterinnen der Jugendorganisationen zu kooptieren.

**Bundesvorsitzender** Alfred Ströer dankte den aus dem Bundesvorstand ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre gute und konstruktive Zusammenarbeit und ersuchte den neuen Bundesvorstand, in diesem Sinne weiterzuwirken. ■

# Josef-Hindels-Gasse in Wien-Döbling

Eine langjährige Forderung unseres Bundes wurde nun fünfzehn Jahre nach dem Ableben von Josef Hindels erfüllt:

In Wien-Döbling wurde Ende Jänner eine Gasse nach Prof. Josef Hindels benannt. Eine Namensgebung nach Hindels wurde zunächst jahrelang blockiert. Erst im vergangenen Jahr gab es ein politisches Tauwetter und die Bezirksvertretung beschloss über Antrag der sozialdemokratischen Fraktion mit großer Mehrheit, gegen die Stimmen der FPÖ, eine Gasse im Areal des Karl-Marx-Hofes nach Josef Hindels zu benennen. Bei der feierlichen Enthüllung der Straßentafel würdigten Bezirksvorsteher Adolf Tiller und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Gerald Kopecky den Einsatz von Josef Hindels gegen den Nationalsozialismus und

seine antifaschistische Erziehungs- und Aufklärungsarbeit, insbesondere seine publizistische und gewerkschaftliche Tätigkeit in der Zweiten Republik. Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny hob die unermüdliche Arbeit von Josef Hindels als stellvertretender Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und als engagierter Erwachsenenbildner hervor. Insbesondere nach 1946 hat sich Josef Hindels, der aus der schwedischen Emigration zurückgekommen war, große Verdienste um die Bildungsarbeit unter jungen Menschen erworben. ■

**Beim Karl-Marx-Hof, dem Symbolbau des „Roten Wien“, erinnert nun eine Straßentafel an den aufrechten Sozialdemokraten Josef Hindels**

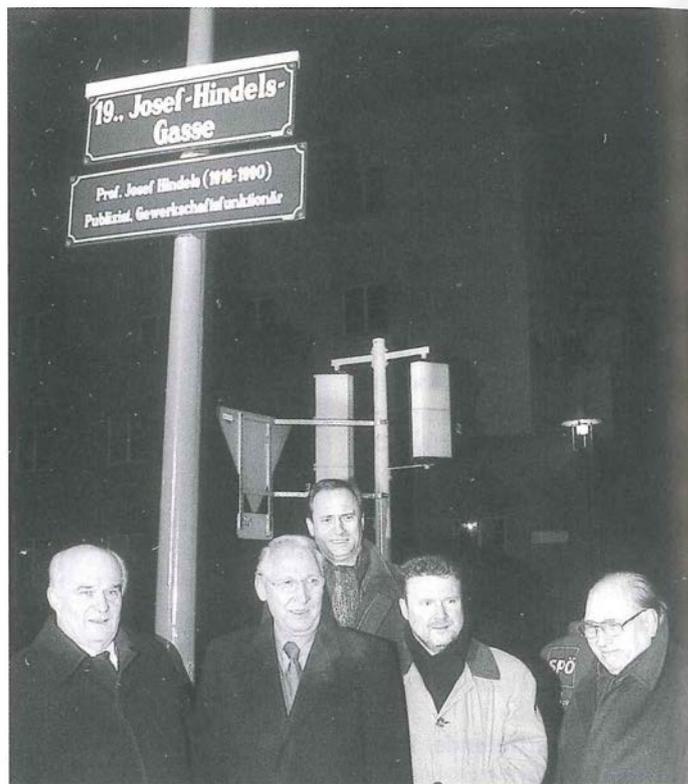


Foto: Freiheitskämpfer

## Hindels – kritische Stimme gegen rechts

Am 28. und 29. Jänner fand im Wiener SPÖ-Bildungszentrum das 13. Josef-Hindels-Symposium der Wiener Bildung und der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer statt.

Zum 15. Todestag lautete ein Thema „Josef Hindels – sein Weg in der Zweiten Republik“. Es referierten: Dr. Herbert Berger über seine Aktivitäten in den internationalen Solidaritätsbewegungen (Chile, Nicaragua, Vietnam u. a.), Prof. Herbert Exenberger über publizistische Tätigkeit – Bibliografie u. a., NR a.D. Ernst Nedwed über die politischen Initiativen innerhalb und außerhalb der SPÖ, insbesondere was die antifaschistische Bildungsarbeit betrifft. Als Moderatorin wies GR Renate Winklbauer auch auf seine gewerkschaftliche Tätigkeit hin.

Josef Hindels begann seine politische Tätigkeit 1930 bei

den sozialistischen Mittelschülern. Wegen illegaler Betätigung war er 1936 in austrofaschistischer Haft. Er flüchtete 1937 in die CSR, von dort 1939 nach Norwegen, um schließlich in Schweden als Flüchtling in der Gruppe der österreichischen Gewerkschafter und Sozialdemokraten um Bruno Kreisky mitzuarbeiten. Nach seiner Rückkehr war er Bildungssekretär der SJ. Anschließend bis 1970 wirkte er als Zentralsekretär der GPS. Ab 1970 waren Schwerpunkte seiner Tätigkeit die Bildungsarbeit und sein Einsatz bei den Sozialistischen Freiheitskämpfern. Seine kritische Stimme gegen rechts war in der SPÖ der Zweiten Republik nicht zu überhören. Josef Hindels wäre heuer 89 Jahre alt geworden.

Der zweite Teil des Symposiums befasste sich mit dem Jahr 1945 und zwar unter dem Titel „Vom zusammenbrechen-

den NS-Regime zum Aufbruch ins neue Österreich“. Darüber referierten unter der Moderation von GR Dr. Michael Ludwig, Dr. Heinz Kienzl, Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer und Prof. Alfred Ströer. Hauptthema war der Beitrag der Widerstandskämpfer zur Befreiung Österreichs und außerdem die

Diskussion über die „braunen Flecken“, die in dem Buch des BSA zur Diskussion stehen. Eine große Zahl von Teilnehmern besuchte dieses Symposium im renovierten SPÖ-Bildungszentrum Praterstraße. Es wurde vom Wiener Bildungsvorsitzenden GR Ernst Woller eröffnet. ■



Foto: Freiheitskämpfer

**Würdigten Josef Hindels (von links nach rechts): Exenberger, Nedwed, Renate Winklbauer, Berger, Woller**

# Opferverbände bei Bundespräsident Fischer



Foto: Freiheitskämpfer

**Bundespräsident Heinz Fischer ließ sich über die Tätigkeit der Opferverbände berichten und schenkte den Anliegen ihrer Vertreter aufmerksames Verständnis (v. l. n. r. Krisch, Kastelic, Fischer, Ströer, Jurasek, Wiesflecker, Krenn, Nedwed)**

Eine Delegation der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs wurde am 1. Februar 2005 von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer im Rahmen eines Antrittsbesuches in der Hofburg empfangen. Die Vertreter der drei Opferverbände, unter der Leitung von Prof. Alfred Ströer (Sozialdem. Freiheitskämpfer), KR Dr. Gerhard Kastelic (ÖVP-Kameradschaft) und Oskar Wiesflecker (KZ-Verband), informierten den Bundespräsidenten über die nach dem Opferfürsorgegesetz betreuten Österreicherinnen und Österreicher. Sie berichteten, dass durch den vor ca. 10 Jahren geschaffenen Nationalfonds den

österreichischen NS-Verfolgten im In- und Ausland ein Zeichen der Verbundenheit der Republik gegeben werden konnte. Durch den Versöhnungsfonds für Zwangsarbeiter aus den besetzten Gebieten wurden auch Österreicher, die als Gefängnis- oder KZ-Häftlinge Zwangsarbeit leisten mussten, einbezogen.

**Die Delegation** hob die Bedeutung des Widerstandes gegen die NS-Herrschaft hervor, der vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in seiner Forschungsarbeit und nun auch durch eine neue Ausstellung wissenschaftlich aufgearbeitet wird. Auch die Veranstaltungen im Zeichen

der vor 60 Jahren erfolgten Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft waren Themen des Informationsgesprächs. Ebenso die Opfer der NS-Militärjustiz, die bislang noch nicht durch einen gesetzlichen Akt rehabilitiert wurden.

**Bundespräsident** Dr. Heinz Fischer wies auf seine Stellungnahmen hin, in denen er für die Aufhebung der Urteile der Wehrmachtsjustiz und vergleichbarer Sondergerichte durch einen Gesetzesakt eingetreten ist. Er dankte den Vertretern der Opferverbände für ihre wichtige und unverzichtbare Arbeit als Interessenvertreter der Opfer des Nationalsozialismus. ■

## Bestseller „Mein Kampf“

Äußerst fragwürdige Verkaufserfolge erzielen zurzeit Verleger in verschiedenen Ländern mit Hitlers Machwerk „Mein Kampf“. So landete jüngst eine türkische Übersetzung des Buches gleich auf Platz 5 der Bestsellerliste. Kritiker weisen darauf hin, dass das Interesse an Hitlers Ansichten parallel mit den Reformen wächst. So wie Hitler die Juden verurteilt habe, sähen heute viele Türken die Kurden als „Sündenböcke“ für die Veränderungen.

In Tschechien wurde der Verleger Michal Zitko, der von „Mein Kampf“ 90.000 Exemplare verkaufte, nun vom Obersten Gericht von einer Kerkerstrafe freigesprochen. ■

## Ehrung für „Weiße Rose“

In einer Feierstunde hat Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber die Aufnahme von Sophie Scholl („Weiße Rose“) in die „Walhalla“ vollzogen und dort eine Büste der von den Nazis Hingerichteten enthüllt. Die Walhalla, hoch über der Donau bei Regensburg, ließ König Ludwig I. als „Ruhmestempel der Deutschen“ errichten (1842). ■

## Langbein-Symposium

Vom 16. bis 22. April 2005 findet in der Universität Linz ein „Hermann-Langbein-Symposium“ statt. Thema: Ideologie und Wirklichkeit des Nationalsozialismus; es wird speziell über die Nazi-Verbrechen aufgeklärt. An dem Symposium nehmen namhafte Historiker, Vertreter des DÖW und etlicher KZ-Gedenkstätten teil. Die Teilnahme ist kostenlos, Anmeldungen unter [info@gedenkdienst.com](mailto:info@gedenkdienst.com) ■



# Die Wiedergeburt der



Foto: ÖNB/Brenner-Museum

**A**m 29. März 1945 übersritten sowjetische Truppen bei Klostermarienberg im Burgenland die österreichische Grenze und stießen in die Bucklige Welt vor. Der Großangriff auf Wien hatte noch nicht begonnen, als in der Kommandantur des von der Roten Armee besetzten Gloggnitz, begleitet von einem tschechischen Arbeiter, der sich mit den Russen halbwegs verständigen konnte, der 75-jährige Karl Renner erschien, um sich namens der Bevölkerung über Übergriffe zu beschweren.

**Der Kommandant** sagte, er sei dafür nicht zuständig, und schickte Renner in die nächsthöhere Kommandostelle nach Köttlach. „Im Stabe dieses Kommandos befanden sich zufällig Offiziere, die meinen Namen

und meine Geschichte kannten“, vermerkte Renner in seiner wenige Wochen danach abgefassten Denkschrift. Er konnte noch nicht ahnen, dass es keineswegs das historische Wissen der Offiziere war, das sie veranlasste, ihn auf einen Lastwagen zu setzen und zum Oberkommando nach Hochwolkersdorf zu bringen. Erst als 1972 der sowjetische General Schtemenko seine Memoiren veröffentlichte, wurden die Hintergründe bekannt: Während eines Vortrags im Kreml im März 1945 fragte Stalin plötzlich: „Wo befindet sich eigentlich jetzt dieser Sozialdemokrat Renner, ein Schüler Kautskys?“ Von den Offizieren wusste niemand etwas mit dieser Frage anzufangen; Stalin erinnerte sich als Einziger an den Mann, mit dem er, als er 1912 in Wien

**Am 27. April 1945, dem Geburtstag der Zweiten Republik, begrüßen die Wiener deren Schöpfer, Staatskanzler Karl Renner, und Wiens Bürgermeister Theodor Körner**

seine Abhandlung über die nationale Frage schrieb, eine theoretische Fehde geführt hatte.

**Mit dem Auftauchen** Renners konnte die Rückmeldung früher als erwartet nach Moskau gehen. Das Misstrauen Stalins gegenüber seinen Verbündeten, denen er einen Sonderfrieden mit den Deutschen zutraute, ließ ihn die Westmächte in Österreich vor vollendete Tatsachen stellen. Mit dem Ziel, „Österreich möglicherweise doch noch die Chance zu geben, die verhängnisvolle Bindung an Hitlerdeutschland selbst zu zerreißen“, nahm Renner das sowjetische Angebot an, in dem ihm zugewiesenen Schlösschen

Eichbüchl im Rosaliengebirge einen Plan für die Wiederherstellung von Regierung und Verwaltung einer „Zweiten Republik“ zu entwerfen. Zugleich streckte er erste Fühler zu ihm bekannten Christlichsozialen in den bereits befreiten Gebieten aus. Stalin setzte sich nun von früheren Plänen der Bildung einer österreichischen Regierung gemeinsam mit den Westmächten ab und sah in Renner den geeigneten Mann, der eine respektable Fassade für eine künftig kommunistisch dominierte Regierung bilden könnte. Renner schrieb Stalin einen Brief, in dem er bedauerte, den „werten Genossen“ nicht persönlich kennen



# Republik Österreich

gelernt zu haben, aber: „Mit Lenin traf ich auf der Stockholmer sozialistischen Friedenskonferenz 1917 zusammen, mit Trotzki verkehrte ich durch die Jahre seines Wiener Aufenthalts ständig...“ Renner war zweifellos nicht so uninformiert, dass er den Namen des Erzfeindes Stalins ohne Spekulation darauf nannte, sich dem Herrscher im Kreml ein bisschen als doch schon ungefährlicher, etwas seniler Widerpart zu präsentieren. Und Renner versicherte zudem: „Das Vertrauen der österreichischen Arbeiterklasse insbesondere in die Sowjetrepublik ist grenzenlos geworden. Die österreichischen Sozialdemokraten werden sich mit der KP brüderlich auseinander setzen und bei der Neuregelung der Republik auf gleichem Fuß zusammenarbeiten...“

**Dann begann** der Kampf um Wien. Zwar war es Major Carl Szokoll durch die Entsendung seines jungen Oberfeldwebels Ferdinand Käs durch die Frontlinie gelungen, die Sowjets vom Angriff über die schlecht verteidigte Wienerwald-Seite zu überzeugen und so Teile der Stadt vor der Zerstörung zu retten. Aber der vorgesehene Aufstand der Wiener Garnison wurde verraten, die Offiziere Biedermann, Huth und Raschke am Floridsdorfer Spitz gehenkt. Schwere Kämpfe um die Innenstadt und den Donaukanal wurden unvermeidbar. Nachdem die Hitlertruppen endgültig aus Wien vertrieben waren, wurde Renner am 21. April in die Hauptstadt gebracht. Acht Tage später hatte die Zweite Republik ihre erste Regierung.

Noch während des Kampfes hatten sich in Wien die politischen Kräfte zu formieren begonnen. Ein Provisorisches Österreichisches Nationalkomitee der Widerstandsbewegung „O5“ fand nicht die Zustimmung

der Sowjets, zumal es über Fritz Molden Kontakte mit den Westalliierten suchte; die Russen wollten lieber Vertretern der früheren Parteien der Ersten Republik, denen sie Vertrauen schenken konnten, die – natürlich kontrollierte – Verantwortung übertragen. Im „Roten Salon“ des Wiener Rathauses kamen bereits am 13. April die Sozialdemokraten Schärf, Honay, Weber, Körner, Emmerling und Speiser zusammen, um die Wiener Stadtverwaltung zu reorganisieren. Ihr Vorschlag, Theodor Körner, der ausgezeichnete Russischkenntnisse hatte, zum Wiener Bürgermeister zu machen, fand die Zustimmung des Stadtkommandanten. ■



Adolf Schärf, Karl Renner und Karl Seitz bei der Wiedergründung der Arbeiterkammer

## Drei Parteien als Staatsgründer

**A**m 14. April einten sich Repräsentanten der alten SDAP und der RS zur Neukonstituierung als Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) mit Adolf Schärf als provisorischem Vorsitzenden. Vertreter der alten Christlich-sozialen Partei um Felix Hurdes gründeten die ÖVP als „klassenlose Volkspartei auf christdemokratischer Grundlage“. Die KPÖ brauchte sich nicht zu konstituieren, sie hatte in der Illegalität fortbestanden; ihre Führer Johann Koplenig und Ernst Fischer wurden aus Moskau eingeflogen, zu ihnen stießen Honner und Fürnberg, die bei den jugoslawischen Partisanen gekämpft hatten.

Schon am 15. April konstituierte sich der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) in den Ruinen des Westbahnhofes. Anstelle der vor dem „Ständestaat“ existierenden Richtungsgewerkschaften einten sich die Grün-

der auf eine einheitliche Arbeitnehmerorganisation. Erster Präsident war der Sozialdemokrat Johann Böhm, flankiert von seinen Stellvertretern Gottlieb Fiala (KP) und Lois Weinberger (ÖAAB).

In der Blaimschein-Villa in Wien-Hietzing führte Karl Renner streng geheim gehaltene Verhandlungen mit den Vertretern der drei Parteien über die Bildung einer provisorischen Regierung.

Die Kommunisten waren überrascht, dass die Sowjets Renner als Regierungschef ausersehen hatten, doch an der Entscheidung Stalins konnten sie nicht rütteln; sie bestanden aber auf den Schlüsselpositionen des Innen- und des Unterrichtsministeriums.

**Am 27. April** – noch stand jenseits der Traisen und in großen Teilen der übrigen Bundesländer die deutsche Wehrmacht – war es so weit: Die provisorische Regierung stand

fest. Die drei Parteien beschlossen die Unabhängigkeitserklärung – die Geburtsurkunde der Zweiten Republik (auf Hrdlickas Denkmal bei der Albertina ist sie in Stein gemeißelt). Der „Anschluss“ von 1938 wurde darin für null und nichtig erklärt.

Die Westalliierten, die das restliche Österreich erst in den letzten Kriegstagen besetzten, betrachteten die Regierung Renner mit Misstrauen und versagten ihr vorerst die Anerkennung.

Erst nach einer großen Konferenz aller Ländervertreter erklärten sie sich am 20. Oktober 1945 bereit, die Autorität der Provisorischen Regierung für ganz Österreich anzuerkennen. Bei den Nationalratswahlen am 25. November trug – nicht zur Freude des Kremls – die Politik Karl Renners ihre Früchte für die Wahrung der wieder gewonnenen Demokratie. ■

*Manfred Scheuch*

# Todesmarsch der Saurer-Häftlinge

**E**s war der Wiener politische Häftling Franz Kalteis, der am 20. Jänner 1943 mit dem Vermerk „Zur Vernichtung durch Arbeit“ vom Wiener Polizeigefangenenhaus in das Konzentrationslager Mauthausen überstellt wurde, der mit Pepi Kohl, Hans Marsalek und Arthur London, auf Initiative des Mitglieds des Zentralkomitees der KPÖ Leo Gabler (er wurde vom KZ Mauthausen nach Wien überstellt und am 7. Juni 1944 im Landesgericht enthauptet), die ersten Schritte zur Gründung einer illegalen Häftlingsorganisation im KZ Mauthausen setzte. Die illegale Häftlingsorganisation konnte es so einrichten, dass Franz Kalteis in der Funktion eines Lagerältesten nach Simmering in das neu zu errichtende Nebenlager Saurer-Werke, auch Wien-West genannt, überstellt wurde. Der offizielle Gründungstag des Nebenlagers Saurer-Werke war der 20. August 1944. Als Lagerkommandant fungierte der SS-Hauptsturmführer Johann Gärtner, ein Wiener, als Schutzhaftlagerführer der SS-Oberscharführer Karl Kleine und als Führer vom Dienst SS-Oberscharführer Gerhard Wittkowski.

**Die geschundenen** und geschlagenen Häftlinge erlebten aber auch Solidarität. Hier waren es vor allem österreichische Arbeiter und in diesem Betrieb beschäftigte Ausländer sowie die Sanitätsstation der Saurer-Werke, die die „Lebensbedingungen der KZ-Häftlinge halbwegs erträglich“ machten. Insgesamt wurden von der Häftlingsorganisation etwa 120 Häftlinge erfasst. Franz Kalteis gehörte als Lagerältester nicht direkt dem illegalen Lagerkomitee an, hatte aber doch großen Einfluss auf diese Organisation. Besonders als schon mehr als deutlich die Befreiung Wiens durch die sowjetischen Truppen klar und auch hörbar wurde. In diesen Tagen, Ende März 1945,

rang er mit dem Lagerkommandanten Johann Gärtner um das Leben von 190 kranken Häftlingen, die gemäß einer zentralen Weisung des Mauthausener Lagerkommandanten vor der Evakuierung der Außenlager zu ermorden seien. Es gelang ihm, Gärtner davon abzuhalten.

**Am 1. April 1945** erfolgten die Vorbereitungen zur Evakuierung des Lagers und einen Tag später mussten 1.276 Häftlinge des Nebenlagers Saurer-Werke den Fußmarsch von Simmering nach Steyr antreten. Fürchterliche Zustände während des langen Evakuierungsmarsches zeugen von der Brutalität, die die SS gegenüber den sich dahinschleppenden Häftlingen noch in der letzten Phase des nazistischen Gewaltregimes ausübte. Vor dem Abmarsch aus dem Lager Saurer-Werke wurde den SS-Männern eingeschärft, dass jeder Häftling, der einen Fluchtversuch unternähme oder auf dem Marsch aus Schwäche zurückbliebe, zu erschießen sei und die Leichen verscharrt werden müssten. Sehr schlecht war es um diejenigen bestellt, deren Schuhe rissen und die dann zu hin-

ken anfangen oder versuchten, barfuß weiterzukommen. Ein Schuss des SS-Mannes beendet den langen Marsch eines solchen Häftlings. Schlecht erging es einem auch, wenn man Durchfall bekam, weil man vor lauter Hunger vorher rohe Karotten oder Zuckerrüben gegessen hatte. In einem solchen Fall war der Tod unausweichlich. Etlichen Gefangenen gelang dennoch die Flucht; Franz Kalteis war einer von ihnen.

Am 25. Februar 1946 informierte der Gendarmeriepostenkommandant von Steyr das Bezirksgendarmeriekommando über mehrere Gräber in der Gemeinde Sierning mit dreißig Leichen von Häftlingen aus den Saurer-Werken. Eine Gedenkstätte mit einem Gemeinschaftsgrab auf dem Ortsfriedhof von Sierning erinnert an 25 unbekannte Opfer der Todesmärsche.

**Wenn man** nun vom Stand der Häftlinge am 1. April 1945 im Nebenlager Saurer-Werke, 1.466 Häftlinge, die 190 marschunfähigen im Lager verbliebenen Häftlinge, ebenso die dokumentierten „auf der Flucht“ erschossenen Häftlinge und

diejenigen, denen die Flucht gelang, abzieht und weiß, dass 1.076 Häftlinge am 23. April 1945 ins Nebenlager Steyr überstellt wurden, so fehlen mehr als 150 KZ-Häftlinge, deren Schicksal nach wie vor im Dunkeln liegt. Am 30. April 1945 wurden 497 Häftlinge vom „SS-Arbeitslager“ Steyr ins Konzentrationslager Mauthausen überstellt.

Einige der am 2. April 1945 im Nebenlager Saurer-Werke zurückgebliebenen Häftlinge starben nach ihrer Befreiung an den Folgen von Entbehrungen und Drangsalierungen während ihrer KZ-Haft und wurden in den angrenzenden Schrebergartenkolonien Gaswerk und Simmeringer Haide notbeerdigt. Im September 1946 wurden ihre Leichen exhumiert und in der Schachtgräbergruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofes, in der die Nazis auch die Leichen der im Landesgericht Wien enthaupteten Frauen und Männer des österreichischen Widerstandes verscharrt hatten, begraben. Die Blutspur vom KZ-Nebenlager Saurer-Werke nach Steyr ist ein Thema, welches nicht in Vergessenheit geraten darf. ■

*Herbert Exenberger*

## Simmering im Jahr 1945

**D**em Bezirksmuseum Simmering ist es schon seit Jahren ein Anliegen, zeitgeschichtliche Ereignisse in Simmering schau- bar zu machen und darüber in den „Simmeringer Museumsblättern“ zu berichten. Das Gedenkjahr 2005 ist auch für uns ein Ereignis, an dem wir nicht spurlos vorbeigehen wollen. Wir zeigen daher ab 24. April 2005 eine Sonderausstellung über „Ende und Anfang – Das Jahr 1945 in Simmering“.

Zunächst werden die ersten paar Monate unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft dokumentiert, etwa die Zwangsarbeit von Kriegsgefangenen,

weitere von verschleppten ungarischen Juden und von Häftlingen des Konzentrationslagers Saurer-Werke in Simmering. Gedacht wird der Simmeringer, die Opfer des NS-Terrors wurden – den Gasarbeiter Otto Koblicek erschossen sie noch am 5. April 1945 in der Rinnböckstraße – bis zu dem durch Bomben zerstörten Simmering. Der zweite Teil der Ausstellung spannt einen Bogen von der Befreiung Simmerings am 8. April 1945 durch die Rote Armee über die Anfänge demokratischer Strukturen in unserem Bezirk seit dem 10. April 1945, die Bewältigung der unzähligen

Schwierigkeiten des täglichen Lebens, die Wahlen am 25. November 1945 bis zu einem Resümee über die Aufbauarbeit des Jahres 1945, welches Bezirksvorsteher Max Wopenka bei der ersten Arbeitsbesprechung der Simmeringer Bezirksräte am 15. Juli 1946 zog.

**Bezirksmuseum Simmering,  
1110 Wien, Enkplatz 2  
Eröffnung der Ausstellung:  
Sonntag, 24. April 2005,  
10.30 Uhr**

Die Ausstellung kann vom 24. April bis 19. Juni und vom 23. September bis 28. Oktober 2005 besichtigt werden. ■

*H.E.*

## Geraubte Bücher

Im Prunksaal der Österreichischen Nationalbibliothek wurde vor kurzem die Ausstellung „Geraubte Bücher“ gezeigt. Der Untertitel der Schau („Die ÖNB stellt sich ihrer NS-Vergangenheit“) sei „durchaus programmatisch zu verstehen“, betonte ÖNB-Direktorin Johanna Rachinger. Die Eröffnung nahm Bundespräsident Heinz Fischer vor. Für ihn ist diese Ausstellung „vorbildhaft und kann als Modell für einen transparenten, korrekten und engagierten Umgang mit einer besonders dunklen und beschämenden Zeit in der jüngeren Geschichte unseres Landes dienen.“

Mit dieser Ausstellung befasste sich die ÖNB erstmals mit der wohl dunkelsten und unrühmlichsten Epoche ihrer Geschichte – der aggressiven Erwerbungs politik in der Zeit des NS-Regimes. Geleitet von einem fanatischen Nationalsozialisten, dem damaligen Generaldirektor Paul Heigl, beteiligte sich die Nationalbibliothek aktiv und in großem Umfang an der systematischen Beraubung vor allem jüdischer Mithürgerinnen und Mithürger.

Vorsichtig geschätzt kamen in der Zeit von 1938 bis 1945 mindestens 150.000 Druck-

onalbibliothek lediglich Durchgangsstation auf dem Weg in Bibliotheken und Institute des Deutschen Reiches war. In der Nachkriegszeit wurde ein Teil der Bibliotheken und Sammlungen restituiert. Zahlreiche Bücher und Objekte verblieben allerdings im Haus, als ob sie rechtmäßig erworben worden wären.

In den letzten drei Jahren hat sich die Österreichische Nationalbibliothek intensiv mit dem Thema Restitution befasst und im Dezember 2003 mit einem 3.000 Seiten umfassenden Provenienzbericht nach dem Kunstrückgabegesetz von 1998 eine akribische Auflistung aller noch im Haus befindlichen unrechtmäßigen Erwerbungen vorgelegt. Ziel ist es, das geraubte Eigentum – insgesamt noch mehr als 25.000 Objekte – an die Erbinnen und Erben der ehemaligen Besitzer, soweit diese noch zu eruieren sind, zurückzugeben und damit dieses beschämende Kapitel nach mehr als einem halben Jahrhundert endlich abzuschließen.

Zur Ausstellung erschien ein Katalog. Neben einem historischen Überblick und sechs Fallstudien zu Einzelschicksalen enthält der reich illustrierte Band ein Sach- und Personenregister sowie ein vollständiges Verzeichnis aller Exponate.

Der erste Beitrag im Katalog befasst sich mit der Rolle der ÖNB bei der Liquidierung der Arbeiterbüchereien durch den austrofaschistischen Ständestaat. Dort wurde nicht nur verbotene, sondern auch unerwünschte Literatur ausgesondert. Mehrere hunderttausend Bücher waren davon betroffen, mehrere zehntausend davon wanderten in die ÖNB. Was mit den in die ÖNB verschleppten Büchern geschah, geht aus den Akten nicht hervor, vermutlich bediente sich nach 1938 die Gestapo aus den Beständen...

Gerald Netzl

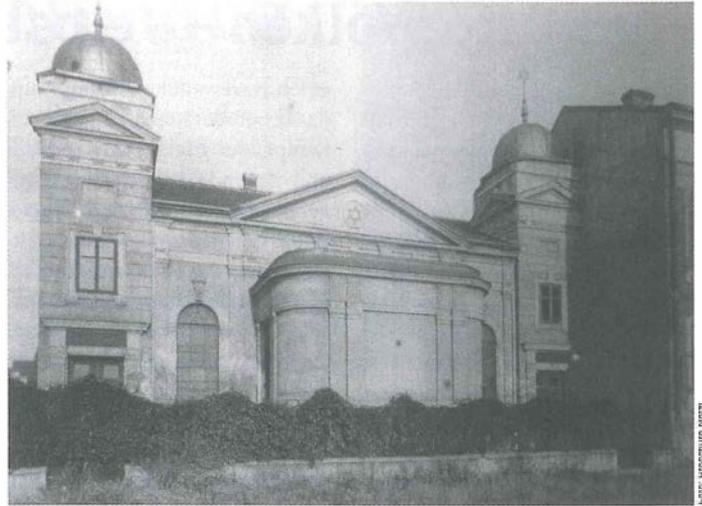


Foto: Broschüre Netzl

Achtunddreißig Jahre lang gehörte die Synagoge zum Ortsbild von Atzgersdorf, in der Pogromnacht des November wurde sie zerstört

## Die Synagoge von Atzgersdorf

Am 17. März wurde eine Gedenktafel für die Synagoge für Wien-Atzgersdorf und -Liesing, die von 1900 bis 1938 bestand, enthüllt.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten im gesamten „Dritten Reich“ Synagogen und andere jüdische Einrichtungen, wurden Geschäfte geplündert, kam es zu massiven Gewalttaten gegen Menschen jüdischen Glaubens. Von der NS-Propaganda wurden diese Verbrechen verharmlosend „Reichskristallnacht“ genannt, erst in jüngerer Vergangenheit setzte sich die richtigere Bezeichnung „Novemberpogrom“ durch.

Auch in Atzgersdorf wurde die, an der Grenze zu Liesing liegende, Synagoge von den Nazis zerstört. In der Nachkriegszeit wurde der Mantel des Schweigens über die Geschehnisse 1938 und danach gebreitet. Erst 1988 beschloss die Bezirksvertretung Liesing auf Initiative der SPÖ, mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen gegen die Stimmen der FPÖ, eine Gedenktafel in der Dirmhiringasse 112 zur Erinnerung an die Synagoge zu errichten. Doch wurde dieses Vorhaben nicht umgesetzt. 1989, 1993 und

2000 gab es weitere Versuche. Im Frühjahr 2004 beschloss Bezirksvorsteher Manfred Wurm, einen neuerlichen Versuch zur Errichtung einer Gedenktafel zu unternehmen, und beauftragte Gerald Netzl von den Liesinger Freiheitskämpfern mit der Umsetzung. Dieser Anlauf war von Erfolg gekrönt, wenn auch ein ganzes Jahr verstrich, ehe die Tafel enthüllt werden konnte. Die Tafel trägt den Text: „Hier stand die Synagoge für Atzgersdorf und Liesing, die am 10. November 1938 von den Nationalsozialisten und ihren Helfern zerstört wurde. NIEMALS VERGESSEN! Bezirksvertretung Liesing“ auf Deutsch und Hebräisch. Die Übersetzung stammt übrigens von Herrn Nathan Blum, der heute in Israel lebt, bis zu seiner Vertreibung 1939 Hans hieß und in Atzgersdorf wohnte. Bei der feierlichen Enthüllung sprach auch unser Prof. Rudolf Gelbard.

Eine 20-seitige Broschüre beschreibt die Geschichte der Synagoge und ihrer Zerstörung sowie den Novemberpogrom in Wien. Diese kann von der SPÖ Liesing (Tel. 53427-123) angefordert werden.

G.N.



Dieser NS-Stempel „ziert“ die geraubten Bücher

schriften und 45.000 Sammlungsobjekte unrechtmäßig – durch Enteignung politisch und rassistisch verfolgter Opfer des NS-Regimes – in die Nationalbibliothek. Nicht mitgezählt all jene Objekte, für die die Nati-

## Dr. Otto Wolken – selbstloser Helfer in Auschwitz

**A**m 29. Mai 1940 ließ Himmler im verkehrsgünstig gelegenen polnischen Ort Oświęcim das Konzentrationslager Auschwitz, in dem anfangs Polen, später auch sowjetische Kriegsgefangene, Sinti, Roma und Häftlinge aus anderen Ländern inhaftiert wurden, errichten. Ab 1942 wurde Auschwitz zum Zentrum der massenhaften Ermordung europäischer Juden. Bei der Ankunft in Auschwitz-Birkenau erfolgte die wortlose Selektion für die Gaskammer oder für ein kurzes Überleben. Der österreichische Sozialist und vormalige Schutzbundarzt Dr. Otto Wolken, ehemaliger Birkenau-Häftling, sagte Jahre später als erster Zeuge im Frankfurter Auschwitzprozess (1963): „Es ist schwer zu sagen, wer das bessere Los gezogen hat. Denn selbst die wenigen, die schließlich überlebt haben, auch sie sind für ihr Leben gezeichnet. Sie haben jeder für ihr ganzes restliches Leben noch an dem zu tragen, was sie seelisch und körperlich dort erlitten haben.“

**Dr. Otto Wolken**, KZ-Häftling Nr. 128.828, wurde von der SS als Häftlingsarzt im Lager Auschwitz-Birkenau eingesetzt. Er führte ohne Hilfsmittel, ohne Medikamente, ohne erfahrenes Personal in primitiven, mit Dreistockbetten ausgestatteten Wohnblöcken

einen verzweifelten Kampf um das Leben der Mithäftlinge. Einen Kampf, der gegen die Krankheit und gegen die SS und ihre Lagerärzte geführt werden musste. Selbst der meist bedrohten Häftlingskategorie, den politisch-jüdischen Häftlingen, angehörend, galt Otto Wolkens Streben der Dokumentation der Verbrechen der SS. Erschöpft von den Schikanen der Bewacher, der unzureichenden Ernährung und dem Einsatz für seine Kameraden, dokumentierte er in den Nachtstunden das Erlebte für die Nachwelt.

Als am 17. Jänner 1945 der Rückzug der SS aus dem Lager begann, rechnete sich Otto Wolken keine Chance aus, die Anstrengung langer Märsche zu überleben. So entschloss er sich, das Lager nicht zu verlassen. Im Zuge der Auflösung des Lagers erhielt er den Auftrag, Listen der marschfähigen Häftlinge zu erstellen; es bedurfte besonderer Überzeugungskraft, den Mithäftlingen klar zu machen, dass sie innerhalb des Lagers wenigstens eine kleine Überlebenschance hätten. Seine persönlichen, detaillierten Aufzeichnungen vergrub er neben dem Torpfahl des Blockeinganges. Sie sollten beim Abbruch der Baracken gefunden werden und Zeugnis über die Schandtaten der Machthaber des

Dritten Reiches ablegen. Dass er selbst die Möglichkeit haben würde, diese Dokumente wieder auszugraben, wagte er nicht zu hoffen.

**Beim Eintreffen** der Roten Armee am 27. Jänner 1945 befanden sich etwas mehr als 8.000 Häftlinge, davon 2.000 Kranke im Lager. Kurz zuvor, in der Zeit von 17. bis 21. Jänner 1945, waren rund 58.000 Häftlinge von ihren Peinigern ohne Pflege und ohne ihnen eine Ruhepause zu gewähren, bei Eis und Schnee auf die so genannten Todesmärsche geschickt oder in Viehwaggons nach Westen in die Konzentrationslager Buchenwald, Flossenbürg und Mittelbau-Dorau deportiert worden. Jeder Vierte dürfte diese Zwangsevakuierung nicht überlebt haben.

Dr. Otto Wolken war der erste der 357 Zeugen, die beim Auschwitzprozess vernommen wurden. Seine Aufzeichnungen machten es möglich, zahlreiche Morde als die Taten einzelner Angeklagter nachzuweisen. Von den 22 Angeklagten wurden 17 verurteilt, 6 von ihnen wurden zu lebenslangem Zuchthaus, die weiteren zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Dr. Otto Wolken, Mitglied unseres Bundesvorstandes, verstarb am 1. Februar 1975. Dr. Franz



**Dr. Otto Wolken**

Danimann schrieb in seinem am 9. Februar 1975 in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienenen Nachruf: „Er war einer, der das Menschentum im Inferno des Vernichtungslagers von Auschwitz unter den schwierigsten Umständen hochhielt, nicht nur den Kampf ums eigene sowie um das Überleben seiner Kameraden führte, sondern auch an die Zukunft dachte...“

Edith Krisch

## Vom Aspangbahnhof in den Tod

**A**uf dem Areal des ehemaligen Aspangbahnhofes in Wien-Landstraße sind Reste jener Bahngleise zu finden, auf denen ab 1941 die Deportationszüge abfahren, die die noch in Wien verbliebene jüdische Bevölkerung in die Vernichtungslager brachten. Rund 40 Meter dieser Gleise sind noch so weit erhalten, dass sie in eine Gedenkstätte integriert werden können. Wie Wiens Stadtrat Rudolf Schicker angekündigt, ist auf dem gro-

ßen Gelände der Aspangbahngründe die Errichtung eines neuen Stadtviertels geplant; die Errichtung einer würdigen „Gedenkstätte für den deportierten Nachbarn“ betrachtet die Stadt Wien als eine Ehrenpflicht.

**Die Idee** dazu kam von dem österreichischen Emigranten Kurt Yakov Tutter. Es wurde bereits ein Proponentenkomitee gebildet, dem unter anderem etliche Nationalratsabgeordnete, Bundesräte

und Bezirkspolitiker von SPÖ, ÖVP und Grünen sowie Vertreter der Kultusgemeinde angehören. Im heurigen Frühjahr wird die zuständige MA19 die Grundlagen für einen Gestaltungswettbewerb vorlegen.

In den Wettbewerb sollen nicht nur Architekten und Künstler, sondern auch Schüler und Studenten einbezogen werden, wodurch auch die Jugend eine Gelegenheit erhält, sich mit den Gräueltaten der Hitlerzeit auseinander zu set-

zen und ihre Gedanken dazu zum Ausdruck zu bringen. Der Wettbewerb ist damit auch ein Beitrag Wiens zum Gedenkjahr 2005.

Schon am 8. Mai 1995 – dem Jahrestag der deutschen Kapitulation – wurde die Verkehrsfläche Ecke Aspangstraße/Adolf-Blamauer-Gasse „Platz der Opfer der Deportation“ benannt. Von hier aus gingen rund 50.000 jüdische Mitbürger in 47 Transporten in die Vernichtungslager.

# Gedenken der KZ-Verbände

**A**nlässlich des Jahrestages der Machtübernahme durch das NS-Regime am 11. März 1938 in Österreich, gedachte die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, wie jedes Jahr, in den Wiener Gedenkstätten Saltzorgasse 6 und Landesgerichtsstraße 11 und im Amtshaus Floridsdorf der Folgen des Einmarsches der deutschen Wehrmacht sowie der Befreiung Österreichs im Jahre 1945.

Bei der diesjährigen Kundgebung sprachen im Gedenkraum des Wiener Landesgerichts KR Dr. Gerhard Kastelic und im Amtshaus Floridsdorf Rudolf Hofstädter. Die Ansprache im Gedenkraum Saltzorgasse hielt HR Dr. Franz Danimann. Franz Danimann war bis zur Befrei-

ung des Konzentrationslagers, am 27. Jänner 1945, Häftling in Auschwitz. Er erinnerte an die Ereignisse des 11. März 1938, an die Vorahnungen, die mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten verbunden waren, und an seine Erlebnisse im Konzentrationslager. Er spannte den Bogen vom Widerstand gegen das NS-Regime, der unter anderem auch in der Verbreitung von Flüsterwitzen und Spottgedichten bestand, über die unmenschlichen Bedingungen im Konzentrationslager Auschwitz, wo er den letzten drei Hinrichtungen beiwohnen musste, bis zur Befreiung der Inhaftierten am 27. Jänner 1945 durch die Rote Armee und zur Befreiung Österreichs im April 1945. Franz Danimann erinnerte an die letzten

Worte seiner am 30.12.1944 gehängten Kameraden Ernst Burger, Rudi Friemel und Viktor Vesely, die selbst angesichts des Todes ihrem Widerstand gegen ihre Peiniger Ausdruck verliehen. Sie hoben, berichtete Franz Danimann, ihre gefesselten Hände empor und riefen den NS-Folterknechten „Es lebe ein freies Österreich!“, „Nieder mit der braunen Mordpest!“ und „Heute wir, morgen ihr!“ zu, bevor sie vor den Augen der 60.000 zum Zählappell angetretenen Mithäftlinge hingerichtet wurden.

Den Abschluss des Gedenkens bildeten Dankesworte an alle Widerstandskämpfer, die für die Befreiung Österreichs vom Naziregime ihr Leben ließen. ■

E.K.

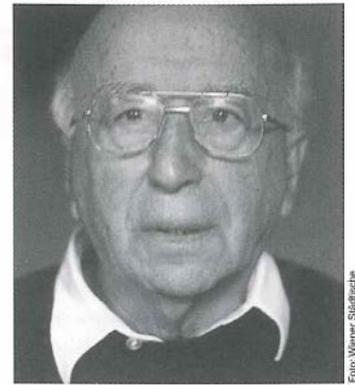


Foto: Wiener Städtische

## Abschied von Otto Binder

**A**m 15. Februar 2005 ist Otto Binder, Generaldirektor der Wiener Städtischen i. R. und Vater von Margit Fischer, der Frau von Bundespräsident Heinz Fischer, im 96. Lebensjahr an Herzversagen verstorben.

Otto Binder wurde am 2. Jänner 1910 geboren und schloss sich schon in seiner Jugend der sozialdemokratischen Bewegung an. Schon in der Zeit des Ständestaates inhaftiert, wurde er nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1938 in das Konzentrationslager Dachau und später in das Konzentrationslager Buchenwald eingeliefert.

Mit Hilfe von Freunden gelang es Binder jedoch, nach Schweden zu emigrieren. 1949 kehrte er mit seiner Familie nach Wien zurück und fand eine Anstellung bei der Wiener Städtischen Versicherung, wo er bis zum Generaldirektor (1959 bis 1981) aufstieg. In allen Höhen und Tiefen seines Lebens ist Otto Binder der sozialdemokratischen Bewegung – und im Speziellen auch den Freiheitskämpfern – zutiefst verbunden geblieben. Bis zuletzt in völliger geistiger Frische, brachte er in Diskussionen seine Erfahrung in der für ihn typischen Verbindung von festen Grundsätzen und Toleranz ein, so noch vor einigen Wochen zu der Untersuchung „Der Wille zum aufrechten Gang“. Seine Menschlichkeit und sein Wirken bleiben unvergessen. ■

## Der Mut des Leopold Brännler

**A**m 24. Februar 2005 ist unser Genosse Leopold Brännler im 90. Lebensjahr von uns gegangen. Schon von den Austrofaschisten wurde er als Mitglied der RS zwei Jahre lang eingekerkert. Zusammen mit anderen Genossen wurde er Mitte Juli 1935 wegen Verbreitung eines Flugblatts verurteilt, auf welchem gegen die Rückkehr der Habsburger nach Österreich Stellung bezogen wurde – das

war in Schuschnigg's Österreich Hochverrat. Beim Kriegsausbruch 1939 wurde Brännler als „wehronwürdig“ in das KZ Buchenwald eingeliefert. Der Lagerfeuerwehr zugeteilt, konnte er in der der SS verborgenen „Häftlingslagerleitung“ in den letzten Wochen vor der Befreiung dazu beitragen, dass ein Teil der Häftlinge nicht mehr auf den „Transport“ – oft in den sicheren Tod – geschickt

wurde. „Wir Buchenwalder Antifaschisten haben 21.000 oder 22.000 Leute im Lager halten können. 28.000 haben wir marschieren lassen müssen – obwohl wir zu dieser Zeit schon bewaffnet waren“, berichtete er über diese „Zeit ohne Gnade“. Im April 1945 war Leopold Brännler Mitunterzeichner des „Buchenwalder Manifests der demokratischen Sozialisten“. Ehre seinem Angedenken! ■



Irene Harand (1937)

## Mahnerin Irene Harand

**Z**um Unterschied von vielen anderen hatte sie Hitlers „Mein Kampf“ gelesen und ernst genommen: Irene Harand, aus gutbürgerlichem Haus, deckte bereits 1933 in ihrer Kampfschrift „Sein Kampf“ auf, welche Gefahr der zivilisierten Welt von Hitler drohte. Ihr politischer Versuch einer „Österreichischen Volkspartei“ schlug fehl, mit der Sozialdemokratie konnte sie sich nicht

anfreunden. Aber seit 1933 war sie als Begründerin eines „Weltverbandes gegen Rassenhass und Menschennot“ unermüdlich in vielen Ländern Europas um Aufklärung bemüht. Ihre hellsichtige Forderung, keine Kompromisse mit Hitler zu schließen, verhallte lange Zeit ungehört. Über diese außergewöhnliche Frau berichtet nun ein im StudienVerlag, Innsbruck, erschienenenes Buch. ■

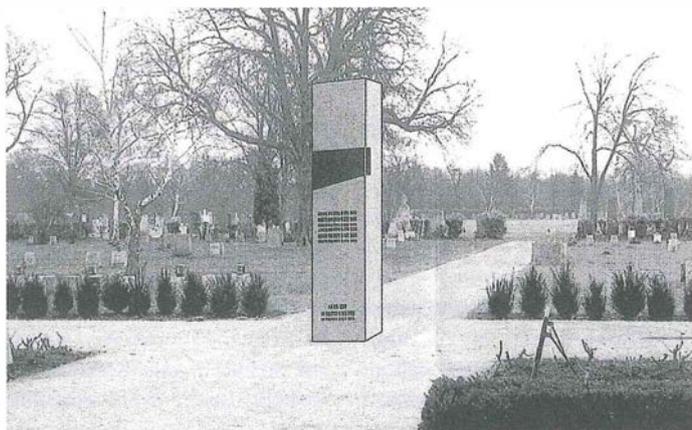
## Denkmal in der Gruppe 40

**A**m Donnerstag, dem 21. April 2005, 10 Uhr, wird in der Gruppe 40 des Wiener Zentralfriedhofes ein Denkmal für die Opfer einer unmenschlichen NS-Justiz vom Bürgermeister der Stadt Wien, Dr. Michael Häupl, enthüllt. Die Stadt Wien hat sich über Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Opferverbände entschlossen, ein solches Denkmal zu errichten, obwohl das Areal der Gruppe 40 in diesem Teil vom Innenministerium betreut und verwaltet wird.

Wir laden unsere Freunde und Mitglieder ein, an dieser Gedenkveranstaltung teilzunehmen. Vor der Rede des Bürgermeisters und der Denkmahlhüllung sprechen die Vertreter der drei Opferverbände Prof. Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker und KR Dr. Gerhard Kastelic.

Die Veranstaltung wird musikalisch von der Bläsergruppe der Camerata Wien unter der Leitung von Erke Duit begleitet.

Zugang: 11., Simmeringer Hauptstraße 240, Tor 3 ■



Das von Leopold Grausam gestaltete Denkmal in einer Fotomontage

## Zwei lieben Freunden zum Geburtstag

**Z**wei unserer Genossen des Bundesvorstandes und des Wiener Landesverbandes feierten kürzlich ihren Geburtstag.

**Ernst Outolny** feierte seinen siebzigsten und ein Zeitzeuge des Jahres 1934 seinen 90. Geburtstag.

Ernst Outolny trat bereits im Jahr 1945 als Zehnjähriger der Sozialistischen Jugend bei und ist demnach schon 60 Jahre Mitglied der SPÖ. Sein Weg führte ihn von der Sozialistischen Jugend direkt in die Partei, wo er später auch Bezirkssekretär und schließlich Bezirksobmann der SPÖ Rudolfsheim geworden ist. Im Jahre 1968 wurde er in den Gemeinderat nachgezogen. Seit dieser Zeit war er einer der engagiertesten Kommunalpolitiker, der es schließlich zum Ersten Vorsitzenden des Gemeinderates und danach zum Zweiten Präsidenten des Landtages brachte. Bei der Zusammenlegung der beiden Bezirke Rudolfsheim und Fünfhaus übernahm er die Funktion des Bezirksvorsitzenden. Ernst Nedwed hob in seiner Laudatio zur Überreichung der Otto-Bauer-Plakette seine langjährige freundschaftliche Verbindung zu

Ernst Outolny hervor und würdigte dessen aufrichtige antifaschistische Einstellung in all den Jahren der Zweiten Republik.

**Rudolf Karnik**, Vorsitzender der Bezirksgruppe Wien-Donaustadt, feierte Anfang des Jahres, gemeinsam mit seinen Mitgliedern aus der Donaustadt und den Freundinnen und Freunden des Wiener Landesverbandes, seinen 90. Geburtstag. Zu der Feier waren außerdem der ehemalige Abgeordnete zum Nationalrat Stefan Schemer und die Nationalrätin Ruth Becher gekommen. Sie hoben, gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Ernst Nedwed, die unermüdlige Aktivität dieses langjährigen Funktionärs und Mitkämpfers auch in kritischen Zeiten hervor. Besonders freut es Rudolf Karnik, wenn er den Jungen von heute über seine Aktivitäten aus der illegalen Zeit von 1934 bis 1938 erzählen kann. Vor allem gibt es für ihn keine beschauliche Ruhezeit, sondern er ist sehr oft unterwegs, entweder politisch oder auf Fernreise.

Wir gratulieren beiden im Alter so unterschiedlichen Jubilaren und freuen uns auf weitere Jahre der Zusammenarbeit. ■

## Wir gratulieren

**Z**um 100. Geburtstag: Johann Ponath, Mannersdorf. **98. Geburtstag:** Fritz Mayer, Klagenfurt. **97. Geburtstag:** Hilde Borik, Wien. **95. Geburtstag:** Franziska Planer, Salzburg; Paula Böhm, Robert Rodl, Wien. **94. Geburtstag:** Robert Schafranek, Wien. **93. Geburtstag:** Fini Beywinkler, Guntramsdorf; Hella Hanzlik, Fritz Wendler, Wien. **92. Geburtstag:** Georg Leitgeb, Baden; Franziska Seibert, Linz; Franz Holubicka, Salzburg; Johann Dusl, Josefine Stein, Jenny Strasser, Wien. **91. Geburtstag:** Walter Rotpart, Linz; Katharina Moser, Raisenmarkt-Alland; Viktor Wuganigg, Weiz; Irma Ballek, Hedy Immervoll, Christa Wagenhofer, Gertrude Weiss, Wien. **90. Geburtstag:** Anna Kuh, Eisenstadt; Rupert Zechtl, Innsbruck; Antonia Bruha, Gabriele Eberling, Rosina Heinzl, Wilhelm Launer, Wilhelm Preininger, Wien. **85. Geburtstag:** Max Leitner, Asperhofen; Maria Gappmayer, Leonstein; Anna Sehorsch, Mödling; Karl Steinocher, Salzburg; Paul Renner, Straßwalchen; Peter Fritz, Trieben; Eleonore Dietl, Grete Felgentreu, Prof. Hugo Pepper, Wien. **80. Geburtstag:** Hubert Turnitscher, Bruck/Mur; LAbg. a. D. Ludwig Deusch, Eggenburg; Leo Zak, Gutenstein; Dr. Walter Than, Kaltenleutgeben; Prof. Wilhelm Ambros, Josef Deutsch, Adolf Frohna, Roman Hruby, Paula Michalica, NR a. D. Rudolf Pöder, Hans Prager, Leopoldine Schnabl, Edith Seeböck, Wien. **75. Geburtstag:** Hans Heplik, Breitenfurt; Gertrude Murkl, Eggendorf; Anton Pleyer, Graz; Wilhelm Mayer, Karl Palensky, Markt Piesting; Johann Bernthaler, Rudolf Bruner, Herbert Glaser, Hermine Hüther, Herta Kromer, LAbg. a. D. Herbert Pfannenstiel, Heinrich Pichlmayer, Wien.

# Um das Habsburg-Vermögen

**B**eim vergangenen Bundesparteitag der SPÖ im November wurde eine Resolution unseres Bundes beschlossen, die sich gegen die Rückgabe der enteigneten Vermögenswerte des Hauses Habsburg richtete. Die Rückstellung bzw. Nichtrückstellung des ehemaligen „Familienfonds“ hat eine politische und eine juristische Dimension.

Das 2004 erschienene Buch „Die Erben des Kaisers“ von Peter Böhmer und Ronald Faber beschäftigt sich ausführlich mit der rechtlichen Problematik, die in den vergangenen bald 90 Jahren immer von den politischen Rahmenbedingungen geprägt war, und ist dem interessierten (Zeit-)Genossen unbedingt zur Lektüre zu empfehlen. Auf 172 Seiten wird das Tauziehen um das auf 200 Millionen Euro geschätzte Vermögen ausführlich behandelt. Es geht um verschiedene land- und forstwirtschaftliche Flächen, das Schloss Eckartsau, Grundstücke in Vösendorf und zwei Zinshäuser in Wien.

**Zum besseren** Verständnis muss festgehalten werden, dass die Hofburg, Schloss Schönbrunn und andere Prunkbauten von den Habsburgern nicht beansprucht werden, weil diese

schon vor 1918/1919 Staatseigentum waren. Es war jedoch nicht so, dass Karl Habsburg-Lothringen und seine nächsten Verwandten Österreich mittellos verließen, auch blieb ihnen ein Schicksal wie den Romanows in Russland erspart.

Der Enteignungsbeschluss im Nationalrat fiel mit nur einer Gegenstimme, wobei die Wiener christlichsozialen Abgeordneten der Abstimmung fernblieben. Sozialdemokraten und Großdeutsche waren sich in dieser Frage einig.

**Karl Renner** begründete: „Das Erzhaus trägt in seiner Gesamtheit geschichtlich einen gewaltigen Teil der Verantwortung für den ungeheuren Zusammenbruch und für den Untergang eines großen Teiles unseres Volkswohlstandes. ... Der Bürger, der durch den Zusammenbruch unserer Valuta an seinen Ersparnissen die schwerste Einbuße erlitten hat, der Arbeiter, der durch die Zerstörung unserer Volkswirtschaft sich an seinem Dasein bedroht sieht, das Heer von Offizieren und Beamten, die durch die Auflösung des Reiches einer ungewissen Zukunft gegenüberstehen, fragen sich mit Recht, ob die hohe geschichtliche Verantwortung des Erzhauses ohne Sühne bleiben soll.“

Ignaz Seipel, letzter Sozialminister der kaiserlichen Regierung, 1921–29 Obmann der Christlichsozialen, war schon 1919 gegen die Einziehung des Habsburgervermögens und hätte es gerne während seiner späteren (zweimaligen) Kanzlerschaft restituiert.

Mit Kurt Schuschnigg wurde 1934 ein treuer Diener Habsburgs Bundeskanzler. Das Rückgabegesetz von 1935 hob allerdings die Enteignung nicht auf, sondern ermächtigte lediglich die Regierung, das Vermögen zurückzugeben. Innenpolitische Gründe (Rücksichtnahme auf die Kriegsoffer, Stimmung der Bevölkerung) und außenpolitische Zwänge (Haltung der „kleinen Entente“ gegen Habsburg) führten zu Verzögerungen.

**Dies hatte zur Folge**, dass nach dem März 1938 alles Zurückgegebene wieder enteignet wurde. Diesmal von den Nationalsozialisten – darauf begründete die Familie Habsburg-Lothringen 2004 ihren Rückgabeantrag.

Am 9. Dezember 2004 teilte der Entschädigungsfonds für NS-Opfer mit, dass die Schiedsinstanz für Naturalrestitution den Antrag der Habsburger abgelehnt hat.

Gerald Netzl

## Wien finanziert DÖW-Schau neu

**D**as Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) erhält eine neue, dauerhafte Ausstellung. Dazu werden die Ausstellungsräumlichkeiten des DÖW erweitert und umfassend neu gestaltet. Die Umbaukosten von rund 425.000 Euro werden durch die Stadt Wien im Rahmen des Jubiläumsjahres 2005 finanziert. Vorgeschichte, Widerstand, Verfolgung, Exil, NS-Apologik und Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit werden zentrale Themen der neuen Dauerausstellung sein.

„Die Finanzierung einer zeitgemäßen, erweiterten Dauerausstellung für das Dokumentationsarchiv ist eine längst überfällige, langfristige Investition zur Aufarbeitung und Vermittlung der österreichischen jüngeren Geschichte. Dass dies im heurigen Jubiläumsgeschichte, kann durchaus als Signal verstanden werden“, sagte dazu Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. Die neu gestaltete Ausstellung soll im Oktober 2005 eröffnet werden.

## Das war Raoul Wallenberg

**D**er schwedische Diplomat Raoul Wallenberg hat als Botschaftsrat an der schwedischen Botschaft in Budapest noch 1944 unzähligen Juden die Ausreise ermöglicht und ihnen damit das Leben gerettet. Seit Anfang 1945 – nach der Einnahme Budapests durch die Rote Armee – ist er spurlos verschwunden. Wer ihn wann und wie exekutiert hat, konnte

**Raoul Wallenberg, Retter vieler Budapester Juden**

nicht aufgeklärt werden. Denkmäler in Budapest, Stockholm und Linköping sowie ein Studentenheim in Hohenems, das seinen Namen trägt, weisen auf seine einmalige Zivilcourage hin. Alle nicht geretteten Juden hingegen wurden verhaftet und in endlosen Fußmärschen nach Westen getrieben, wo sie in den ersten Apriltagen 1945 in den KZs Gusen, Mauthausen und Günskirchen landeten, wenn sie den Marsch überstanden. Unzählige von

ihnen starben vor Erschöpfung oder wurden exekutiert, wenn sie nicht weiter konnten. Die Toten wurden liegen gelassen und säumten die Straßen von Oberösterreich.

**Die Ausstellung** wird am 11. April 2005 um 19 Uhr im Nordico-Museum der Stadt Linz, Dametzstraße 23, von Prof. Jonny Moser eröffnet. Gestalter der Ausstellung ist Dr. Helmut Fiederer. Die Ausstellung ist von 22. April bis 22. Mai 2005 geöffnet.



Foto (Gemeinfrei): Nordico-Museum

## Neue Bücher

**B**isher hat eine Gesamt-schau über die Verfolgung, Vertreibung und Auslöschung der Juden in Niederösterreich gefehlt. In dem Buch „**Der letzte Jude hat den Tempel verlassen**“ (Mandelbaum-Verlag, Wien) hat Christoph Lind dies ausführlich dargestellt. Die in 15 Orten Niederösterreichs bestehenden Kultusgemeinden wurden bis Mai 1940 aufgelöst. Von ihnen ist keine einzige wiedererstanden.

In der soziologischen Fallstudie „**Eine Hitler-Jugend**“ (StudienVerlag, Innsbruck) macht Waltraud Kannonier-Finster verständlich, wie Jugendliche mitunter die NS-Zeit als eine Phase persönlicher Entfaltung erleben konnten, obwohl ihnen zugleich jede Freiheit genommen wurde. Dazu trugen das erlebte Elend im Ständestaat ebenso bei wie die Verlockungen durch Sport und (wehertüchtigende) Abenteuer.

Nach dem 12. Februar 1934 stolzierte er als „Sieger über die Bolschewiken“ durch Wien, beim Juliputsch der Nazis spielte er eine zwielfältige Rolle: der Heimwehrführer „**Major Emil Fey**“ (so der Titel der Biografie von Georg Mautner-Markhof, Leopold Stocker Verlag, Graz). Undurchsichtig blieb auch sein Selbstmord nach Hitlers Einmarsch. ■

## Vom „Ständestaat“ zu Hitler



Zeitzeuge Hugo Pepper und Buchautor Manfred Scheuch bei der Präsentation

**N**ach der Abkehr der österreichischen Selbstbetrachtung von der ausschließlichen Opferrolle in der Zeit des Nationalsozialismus ... wäre auch für die Zeit davor Aufrichtigkeit ohne Tabus – mit dem Blick auf die Zerstörung der Demokratie, aber etwa auch auf den Antisemitismus und die Haltung einer politisierenden Kirche – ein Gebot historischer Gewissensforschung.“ Das ist das Anliegen von Manfred Scheuchs eben erschienenem Buch „Der Weg zum Heldenplatz – Eine Geschichte der österreichischen Diktatur 1933–1938“ (Verlag Kremayr & Scheriau, Preis € 24,-). Die Abfolge der Ereignisse in den Dreißiger-

jahren, die Analyse einer Politik des Verfassungsbruchs, der Zermürbung der Arbeiterschaft und schließlich der Kanonen und Galgen, macht klar: Aus der Republik wurde eine (wenn auch nicht totalitäre) Diktatur, der allerdings der Rückhalt im Volk völlig fehlte. Scheuchs Schlussfolgerung aus der von Dollfuß und der faschistischen Heimwehr mit dem Ziel der eigenen Machterhaltung betriebenen Taktik macht deutlich: Diese Politik, die keine Annäherung an die Sozialdemokratie, sondern deren Zerschlagung wollte, beraubte sich selbst und Österreich der stärksten Kraft gegen die nationalsozialistische Vereinnahmung. Die historischen Fakten machen zudem

den Versuch, von einer „geteilten Schuld“ zwischen Schwarz und Rot zu sprechen, unhaltbar.

Bei der Pressepräsentation des Buches diskutierten Hugo Pepper als Zeitzeuge und der Autor mit dem Historiker Gottfried-Karl Kindermann, der in Dollfuß einen aufrechten Kämpfer gegen Hitler und einen Märtyrer für Österreich sieht. Sie hielten dem entgegen, dass Dollfuß, als ihn die Kugeln der Naziputschisten töteten, nicht nur ein Opfer Hitlers, sondern auch ein Opfer seiner eigenen Politik geworden ist. Von der Mehrheit des Volks abgelehnt und vom demokratischen Ausland isoliert, führte das austrofaschistische Regime in Österreichs Untergang. ■

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. März 2005. Nächstes Heft: Ende Juni 2005.

### Impressum:

**Medieninhaber und Herausgeber:** Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at>

**Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0

**Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt

Offenlegung nach §25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus.

HERRN  
DIR. PROF. JOHANNES SCHWANTNER  
DARINGERG. 14/25/6  
1190 WIEN